Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Florian Siekmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Holger Dremel

Abg. Jörg Baumann

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Heinisch

Abg. Christiane Feichtmeier

Staatssekretär Sandro Kirchner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian

Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sanierung und Ausbau kommunaler Feuerwehrhäuser fördern (Drs. 19/3351)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Tagesordnungspunkt. Ich weiß, man kämpft ein bisschen mit der Aufmerksamkeit, aber ich verspreche Ihnen, es wird noch brandaktuell. Es geht um die Feuerwehren bei uns in Bayern. Es geht um die 7.446 Freiwilligen Feuerwehren. Das ist eine Power für den Brandschutz, die Rettung und den Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden. Die Basis, von der aus der Brandschutz stattfindet, sind die Feuerwehrgerätehäuser. Von dort aus fahren die Kameradinnen und Kameraden ihre Einsätze. Ohne ein vernünftiges Feuerwehrgerätehaus geht nichts.

Das Feuerwehrgerätehaus ist nicht nur wichtig als Dreh- und Angelpunkt für den Brandschutz in der Gemeinde, sondern es ist auch der Grundstein für die Gefahrenabwehr. Unabhängig davon, über welche Szenarien wir gerade diskutieren – Katastrophenschutz, hybride Kriegsbedrohungen –, immer ist das Feuerwehrgerätehaus in der einzelnen Gemeinde am Ende Dreh- und Angelpunkt für Strategiepläne. Es ist der Single Point of Contact für Bürgerinnen und Bürger in einer solchen Situation. Für die 330.000 Kamerad:innen, die ehrenamtlich Dienst leisten, ist es noch viel mehr. Da ist es ehrlicherweise ein zweites Zuhause. Das zweite Zuhause – das wissen Sie aus Ihren Stimmkreisen auch – ist allzu oft ein bisschen in die Jahre gekommen.

Die Feuerwehrgerätehäuser stammen meist aus den Sechziger- oder Siebzigerjahren. Die haben vielleicht ein bisschen Charme, da Retro wieder in ist, aber für die Leistungsfähigkeit und Einsatzfähigkeit einer modernen Feuerwehr wird das langsam zu

einem Problem. Das fängt bei Kleinigkeiten an. Die Feuerwehrhäuser sind beengt, die Umkleiden fehlen, und die Atemschutzwerkstatt bekommt man irgendwie nicht so richtig unter. Wenn erfreulicherweise immer öfter Frauen in die Feuerwehr eintreten wollen – wir wollen das fördern –, kann dies daran scheitern, dass man plötzlich feststellt, dass es dafür keine Sanitärräume oder Umkleiden gibt. Noch immer fehlt in jeder fünften Ortsfeuerwehr eine Frau. Die Quote liegt bei 11 %. Wenn wir mittelfristig die Einsatzfähigkeit sicherstellen wollen, dann müssen wir die Quote erhöhen und müssen auch für Frauen ein Angebot in den Feuerwehrgerätehäusern schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das Feuerwehrgerätehaus macht auch beim Material Sorgen. Dann geht es einem wie der Gemeinde Wolkersdorf. Die fahren mit dem LF 8, Baujahr 89. Die Technik ist ganz gut, aber so ein Fahrzeug hat irgendwann seine Kilometer runter. Das modernere und neuere Fahrzeug passt aber einfach nicht ins Feuerwehrgerätehaus rein. Dann muss man etwas tun. Wir als Politik sind gefordert, etwas zu tun. Es geht hier nicht um Luxus. Die Summe, die die Gemeinden investieren müssen, richtet sich oft nach klaren Feuerwehrbedarfsplanungen und nach dem Notwendigen, um die Gefahrenabwehr vor Ort sicherzustellen.

(Holger Dremel (CSU): Stimmt!)

Jetzt wenden Sie ein, dass es eine Pflichtaufgabe ist und sich jede Gemeinde zunächst selbst darum kümmern muss.

(Holger Dremel (CSU): Stimmt!)

Richtig. Es ist eine Pflichtaufgabe. Aber es ist auch die Pflicht des Staates, die Gemeinden bei dieser Aufgabe, bei dieser Schlüsselinvestition in die Sicherheit zu unterstützen.

(Martin Wagle (CSU): Tun wir doch auch!)

Wir sind ja auch nicht mittellos. Ich weiß, die Haushaltslage ist angespannt. Nun verfügt der Brandschutz über den Luxus einer eigenen Steuer, die nur zweckgebunden eingesetzt werden darf. Seit dem Jahr 2020 steigen die Ausgabereise jedes Jahr: 52 Millionen Euro im Jahr 2020, 64 Millionen im Jahr 2021, 84 Millionen im Jahr 2022 und 108 Millionen im Jahr 2023. Davon ist einiges schon gebunden, aber es sind auch noch Millionen frei. Die wollen wir einsetzen, um in die Feuerwehrlhäuser zu investieren. Das ist dringend notwendig.

Herr Kollege Dremel, ich weiß, Sie loben immer, was in der Vergangenheit schon alles passiert ist.

(Holger Dremel (CSU): Und was wir vorhaben!)

Da Sie uns nicht glauben, was man noch tun muss und dass man mehr tun muss, zitiere ich lieber Ihren CSU-Bürgermeister, Herrn Jan König aus Heroldsberg in Mittelfranken, der sagt: Die bisherigen Erhöhungen decken vielleicht so einigermaßen die Kostensteigerung. Was es bislang gibt, hat aber mit der Realität nichts zu tun. – Die Realität ist, dass wir einen Sanierungsstau haben. Viele Gebäude aus den Sechziger- und Siebzigerjahren müssten dringend saniert werden. Die brauchen breitere Gassen, da muss etwas umgebaut werden, und vielleicht muss teilsaniert werden. Es fehlt an den richtigen Sanitärräumen. Bei einer guten Ausstattung geht es auch um Wertschätzung, nicht um Luxus, aber um Wertschätzung für die Einsatzkräfte, damit sie in einem modernen Feuerwehrhaus ihren Dienst leisten können.

Ich weiß, Ihr habt einen Berichts Antrag gestellt. Der ist noch auf dem Weg zwischen den Ausschüssen. Ich will nur, weil wir das heute schon wieder öfter hatten, kurz über diese Berichts Anträge reden. Wir fordern hier ganz klar: Generalsanierung, Teilsanierung, Sanitäreinrichtung. Wir machen einen konkreten Vorschlag. Wir machen Politik. Der Berichts Antrag ist ein bisschen so gemeint: Die Staatsregierung soll einmal berichten, was sie vorhat. Dabei hofft man auf Politik. Ich glaube, Hoffnung alleine reicht für die 330.000 Kamerad:innen nicht, sondern was sie verdient haben, ist eine konkrete

Entscheidung dieses Parlaments darüber, was gefördert werden soll, und diese Entscheidung wollen wir heute herbeiführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Kollege Walter Nussel hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Siekmann (GRÜNE): Jawohl, bitte.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege, ich wollte Sie fragen, ob Sie schon einmal Feuerwehrdienst gemacht haben oder ob Sie schon einmal in einer Feuerweherschule oder einer Beschulung gewesen sind? Wie kommen Sie zu dem Ergebnis, das Sie gerade vorgetragen haben? – Das geht teilweise an der Praxis vorbei. Das sage ich mit Fug und Recht. Informieren Sie sich nicht nur bei einigen Wenigen, sondern machen Sie wirklich vor Ort Dienst, fahren Sie mit und ziehen Sie richtig durch. Ich glaube, dann kommt mehr Erkenntnis als das, was Sie vorgetragen haben.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Nussel, ich muss Sie jetzt bitter enttäuschen. Tatsächlich habe ich eine Feuerwehrausbildung absolviert. Ich bin auch in meiner Feuerwehrabteilung, so nennen wir das hier in München, in Großhadern, regelmäßig tätig. Ich war auch in der Staatlichen Feuerweherschule zu Besuch. Ich sage auch nicht, dass es schlecht ist, was dort in Geretsried gemacht wird.

(Holger Dremel (CSU): Alles top!)

Es wird dort ausgebaut. Wenn wir jetzt über die Zuteilungsquoten reden, dann müssten wir noch einmal prüfen, in welchen Lehrgängen wir mehr Kapazitäten an den Feuerweherschulen bräuchten. Das ist noch eine Steuerungsaufgabe.

Wir haben allerdings, genau wie Sie es heute schon bei den Schwimmbädern vorgebracht bekommen haben, bei den Feuerwehrgerätehäusern im Freistaat einen Sanierungsstau. Ich bitte Sie, der Kollege oder die Kollegin möge sich melden, der oder die

im Regierungsbezirk nicht zwei oder drei Baustellen kennt, wo dringend etwas getan werden muss. Es gibt eigentlich in jedem Stimmkreis eine. Was wir als Freistaat tun können, das sollten wir auch tun, um dort zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Holger Dremel.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren hier im Plenum! Herr Siekmann, einleitend muss ich natürlich auf Sie antworten. Wir waren beide am 13. September bei der Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes hier in München. Ich bin stolz, dass Sie alles, was unser Innenminister verkündet hat, in Zukunft zu tun, ordentlich in einem Antrag zusammengefasst haben. Sie haben zwar noch ein bisschen mehr gefordert; aber genau das haben wir mit unserer Politik hier in der Bayernkoalition vor. Lieber Kollege Siekmann, wir unterstützen unsere Feuerwehren, obwohl es kommunale Pflichtaufgabe ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Dingen, welche die in Bayern lebenden Menschen am meisten schätzen, gehört unser starkes Netzwerk für die Sicherheit. Das ist die Polizei, das ist der Rettungsdienst, das sind die Hilfsorganisationen. Dazu gehört auch das bundesweite Technische Hilfswerk; aber, meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Siekmann – leider verlassen Sie jetzt die Sitzung –, dazu gehören auch unsere Feuerwehren. Sie wissen, alle arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen, um im Fall der Fälle jedem Menschen in Bayern helfen zu können. Das geschieht immer sehr professionell.

Bayern setzt sich wie kein anderes Bundesland dafür ein, dass das in Zukunft auch so bleibt, und fördert die Feuerwehren. Sie wissen, im Doppelhaushalt 2024/2025 haben

wir die Mittel für die Feuerwehren von 96 Millionen auf über 111 Millionen im kommenden Jahr, für übernächstes Jahr auf über 114 Millionen Euro erhöht. Insgesamt sind dies über 225 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel ist es, den hohen Standard bei der Ausrüstung der Feuerwehren immer weiter zu verbessern. In den letzten fünf Jahren haben wir mehr als 244 Millionen Euro an Fördergeldern ausbezahlt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine enorme Summe. Dabei richten wir unsere besondere Aufmerksamkeit natürlich auch auf die Sanierung und den Ausbau der kommunalen Feuerwehrhäuser. Kollege Siekmann, das ist eine große Aufgabe: Fast alle der rund 7.500 Freiwilligen Feuerwehren, Sie haben das genau zitiert, haben ein eigenes Feuerwehrhaus und arbeiten im Ehrenamt.

Meine Damen und Herren, die Feuerwehr ist zuerst einmal Pflichtaufgabe der Kommune. Ich war selbst Zweiter Bürgermeister in der Stadt Scheßlitz, die zwar nur 7.500 Einwohner, aber 30 Ortsteile, 95 Quadratkilometer Fläche und 19 Feuerwehren hat. Ich kann Ihnen versichern, wir haben alle gut ausgestattet. Wir hatten einen Feuerwehrbedarfsplan, weil wir zuständig waren und sind. Alles, was darüber hinaus vom Freistaat gekommen ist, haben wir natürlich dankend angenommen. Das kann aber nur ein Zubrot sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Innenminister Joachim Herrmann hat letzte Woche bei der Aktuellen Stunde auf Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema öffentliche Sicherheit darauf hingewiesen, dass die GRÜNEN bei der inneren Sicherheit – der Kollege Becher ist heute nicht da – immer viel fordern; aber wenn es wirklich darum geht – doch, da hinten sitzt er, ich sehe ihn –, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dann sind sie leider nicht dabei.

(Beifall bei der CSU)

Ihr dürft euch gerne mit uns auf Linie bringen und unsere Sicherheitskräfte unterstützen. Das merken in Deutschland letztendlich auch die Bürgerinnen und Bürger. Ich will

heute nicht noch mehr auf die GRÜNEN einschlagen. Das ist schon umfangreich passiert. Sie wissen aber, bei der Problemlösungskompetenz im Bereich der inneren Sicherheit sind Sie bei den Umfragen regelmäßig am Tabellenende. Bei den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden will ich gar keine Umfrage durchführen.

Die Glaubwürdigkeit erhöht sich auch nicht, wenn Sie heute hier einen Antrag stellen, obwohl Sie wissen – in unserem Berichtsantrag haben wir das auch formuliert, und im Innenausschuss haben alle zugestimmt –, dass wir die Förderrichtlinien nach den massiven Erhöhungen im Jahr 2023 noch einmal anpassen und manche Dinge noch etwas verbessern möchten. Das soll, liebe Kolleginnen und Kollegen, immer mit der Maßgabe erfolgen, dass wir wissen, dass es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Wir als Freistaat Bayern wollen aber unsere Freiwilligen Feuerwehren nicht im Regen stehen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anliegen des Antrags der GRÜNEN – und deswegen reicht der Berichtsantrag – sind im Rahmen der vom Innenministerium bereits angekündigten Überarbeitung der Ende des Jahres ablaufenden Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien zum Teil bereits ohnehin vorgesehen. Als neuer Fördertatbestand soll die Generalsanierung von Feuerwehrhäusern mit aufgenommen werden, und es soll ein neuer Fördertatbestand für die geschlechtergetrennten Sanitärräume mit aufgenommen werden. Ich glaube, das ist auch zeitgemäß. Man überlegt auch, den Neubau von Übungshäusern, beispielsweise bei Landkreisen oder kreisfreien Städten, zu fördern, um hier die Übungsmöglichkeiten weiter zu verbessern.

Darüber hinaus wird es einen Förderbonus geben, wenn sich mehrere gemeindliche Feuerwehren zusammenschließen, aber auch, wenn bei den Feuerwehren interkommunal zusammengearbeitet wird. Ich meine, das sind gute Punkte, die wir einbringen. Das ist die Gestaltung der Politik für die Feuerwehren bei uns in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es bereits erwähnt, will es aber noch einmal sagen: Die Mittel sind einzigartig. Ich habe die Mittel der anderen Bundesländer abge-

fragt und mich erkundigt, welche Förderrichtlinien dort für die Feuerwehren gelten. Wir haben 96 Millionen im letzten Jahr ausgegeben, wir geben über 111 Millionen im kommenden Jahr und im übernächsten Jahr sogar über 114 Millionen Euro aus. Ich meine, das ist eine massive Unterstützung der Feuerwehren hier in Bayern, die kein anderes Bundesland leistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit diesen Mitteln haben wir keine finanziellen Spielräume mehr. Die Feuerschutzsteuer werden wir nutzen, keine Frage; aber die Mittel sind durch die erwähnte Unterstützung leider bereits ausgeschöpft. Die GRÜNEN fordern zusätzlich noch die Aufnahme von Teilsanierungen sowie die generelle Erhöhung der Festbeträge aufgrund der gestiegenen Baukosten. Das können wir so nicht umsetzen.

Ich habe es bereits mehrfach erwähnt: Mir ist nicht bekannt, dass sich irgendein anderes Bundesland so wie Bayern auf diesen Weg macht und seine Feuerwehren in dieser Weise fördert, es sei denn, es macht neue Schulden. Dann muss Bayern wieder die Kosten über den Länderfinanzausgleich tragen. Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich an dieser Stelle feststellen, dass wir gegen die Mittelverteilung nach dem Länderfinanzausgleich klagen.

Am 1. Juli 2023 haben wir bereits unsere Fördersätze erhöht. Dabei haben wir die Festbeträge für die Feuerwehrhausförderung verdoppelt. Die Förderung der Fahrzeugbeschaffung haben wir um 30 % erhöht. Ich glaube, das sind starke Argumente. Die Regierungsfaktionen tun bei diesem Thema wirklich sehr viel. Wir haben massive Steigerungen vorgenommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich freue mich, dass wir im Innenausschuss dem Berichtsantrag einstimmig zugestimmt haben. Ich weiß nicht, warum Sie heute diesen Nachzieher eingebracht haben; vermutlich, um das Thema nach außen zu tragen. Wir können aber diesem Antrag leider nicht zustimmen, weil das finanziell nicht drin ist. Wir tun genug für unsere Feuerwehren. Deshalb müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Siekmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Siekmann (GRÜNE): Lieber Holger, du weißt ja, dass jeder Tag ein guter Tag ist, um über die innere Sicherheit und die Gefahrenabwehr zu sprechen. Ich sehe gar kein Problem darin, dass wir diese Themen häufig im Parlament behandeln. Herr Kollege Nussel hat mir Ahnungslosigkeit vorgeworfen. Du hast ausgeführt, wir hätten alles, was der Minister gesagt hat, gut abgeschrieben. Ich denke, ihr müsst in der CSU die Position klären, auf die ihr am Ende hinaus wollt.

Wichtiger ist mir aber folgender Punkt: Hier kam der Vorwurf, ich sei dabei gewesen, als der Minister das ausgeführt habe. Ich war dabei und habe das sehr wohlwollend gehört. Du und der Minister waren dabei, als wir beim Doppelhaushalt diesen Vorschlag gemacht haben. Damals ist das abgelehnt worden. Da hätte schon die Möglichkeit bestanden, das in den laufenden Doppelhaushalt einzubauen. So viel zur ehrlichen Debatte: Die Idee stand schon früher im Raum, die Sanierungen in den Fokus zu nehmen.

Holger Dremel (CSU): Das ist keine Frage, sondern eine Feststellung. Ich möchte trotzdem kurz darauf antworten. Richtig ist, Herr Kollege Siekmann ist ein hervorragender Feuerwehrmann. Er hat sich im Landesfeuerwehrverband gegen den Stadtbrandrat der Stadt München durchgesetzt. Das hast du wirklich sehr gut gemacht.

Politik ist auch vorausschauendes Handeln. Vor dem Doppelhaushalt war bereits vieles geplant. Wir reden schon seit langer Zeit über die Anpassung dieser Förderfestbeträge. Es kann schon sein, dass ihr zwischendrin einen Antrag gestellt habt. Aber seid mir nicht böse: Die Regierungsfractionen lassen sich nicht die Butter vom Brot nehmen. Wir haben das geplant, wir ziehen es durch und beschließen das. Wir machen eine gute Politik für unsere Feuerwehrkameradinnen und -kameraden. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Jörg Baumann.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kollegen! Dieses Thema hatten wir schon im Innenausschuss. Ich kann hier beide Seiten verstehen. Zunächst gilt es, die finanzielle Seite zu betrachten. Ja, die Förderungen für die Feuerwehr, die die Staatsregierung im Haushalt veranschlagt hat, sind wirklich enorm. Das ist etwas, was man vorweisen kann. Gleichzeitig muss ich sagen: Herr Siekmann und die GRÜNEN haben hier schon einen wunden Punkt gefunden. Herr Dremel hat uns versprochen, dass die Sanierung von Feuerwehrhäusern und das Beschaffen von Gerät ins Förderprogramm aufgenommen werden sollen, auch wenn es sich dabei um kommunale Aufgaben handelt.

Wir alle wissen, wie es den Kommunen zurzeit geht. Wir hoffen, dass es ihnen irgendwann wieder besser gehen wird. Wir sollten hier aber die Kommunen durchaus unterstützen. Das ist jetzt in den letzten zwei bis drei Wochen der zweite Antrag, bei dem es um die Feuerwehr geht. Wir haben uns auch über die Altersanhebung bzw. die Alterssenkung unterhalten. Wir sollten vor allem mit den Verbänden der Feuerwehr sprechen; denn die können uns sagen, was sie brauchen und wie sie es gerne haben möchten.

Bei all diesen Gesprächen ist mir vor allem Herr Kollege Dünkel in Erinnerung geblieben, der sinngemäß sagte: Auf dem Rücken der Feuerwehr sollten wir keine Politik machen. Dieser Aussage schließe ich mich an. Wir alle sind aufgefordert, mit den Verbänden zu sprechen, uns einen Wunschzettel übergeben zu lassen und dann gemeinsam zu entscheiden, wie es mit unseren Feuerwehren weitergehen soll.

Viele von uns haben in irgendeiner Art und Weise mit der Feuerwehr zu tun. Wir sollten unsere politischen Forderungen den Wünschen der Feuerwehr anpassen und uns nicht mit Anträgen überbieten. Das schickt sich nach meiner Meinung nicht. Dennoch geht der Antrag der GRÜNEN in die richtige Richtung. Wir haben uns nach einiger Diskussion dafür entschieden, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die AfD ist auch schon eine Kartellpartei!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Heinisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag der GRÜNEN betreffend das Thema "Sanierung und Ausbau kommunaler Feuerwehrrhäuser fördern" möchte ich Folgendes sagen: Die finanzielle Unterstützung unserer Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat ist selbstverständlich unerlässlich für einen reibungslosen Betrieb, um ein schnelles Ausrücken im Ernstfall sicherzustellen. Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen des Bayerischen Feuerwehrgesetzes die Brandschutzabwehr und die technischen Hilfsdienste in ausreichendem Maße. Maßgebend hierfür sind die Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien, welche in der aktuellen Fassung enden, jedoch darüber hinaus verlängert und dabei zielgerichtet überarbeitet und aktualisiert werden sollen.

Die neue Fassung wurde bereits an das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und den Obersten Rechnungshof zur Abstimmung übermittelt. Nach Vorliegen der Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat wird noch eine Anhörung der Verbände erfolgen. Für die im Rahmen der Überarbeitung bereits aufgegriffenen Verbesserungen in den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien rechnen wir in Summe mit einem jährlichen Mehrbetrag im zweistelligen Millionenbereich.

Die Anliegen des Antrags der Opposition sind im Rahmen der aktuellen Überarbeitung ohnehin bereits vorgesehen und damit hinfällig.

Als neuer Fördertatbestand wird die Generalsanierung von Feuerwehrhäusern in die Richtlinien aufgenommen. Hier beläuft sich der geschätzte Kostenbetrag auf etwa 9 Millionen Euro jährlich.

Als neuer Fördertatbestand wird erstmalig die Schaffung von geschlechtergetrennten Sanitärräumen, WC-Anlagen, Waschbecken und Duschen in den bestehenden Feuerwehrhäusern aufgenommen. Der Kostenbedarf hierfür liegt geschätzt bei jährlich 1 Million Euro. Der Freistaat Bayern schafft jedoch nicht nur die notwendigen Rahmenbedingungen, um bestehende kommunale Feuerwehrhäuser zu erhalten und zu sanieren, sondern setzt darüber hinaus noch Anreize, in den Neubau von Einrichtungen zu investieren.

Als neuer Fördertatbestand ist der Neubau von Übungshäusern für die Ausbildung vorgesehen, um auch ortsnah Übungsmöglichkeiten zu eröffnen. Darüber hinaus soll es nicht nur beim Neubau eines Feuerwehrhauses oder der Zusammenlegung mehrerer gemeindlicher Feuerwehren einen Förderbonus geben, sondern auch zusätzliche Förderanreize bei interkommunaler Zusammenarbeit.

Erst im vergangenen Jahr wurden von der Staatsregierung für unsere Blaulichtorganisationen erhebliche Verbesserungen beschlossen. Aufgrund der Verdoppelung der Festbeträge für die Feuerwehrhausförderung und der Anhebung der Festbeträge für Fahrzeuge und Geräte um 30 % kommt eine erneute pauschale Erhöhung der Förderfestbeträge nicht in Betracht. Aufgrund dieser Neuregelung sind jährliche Mehrausgaben von mehr als 20 Millionen Euro zu erwarten.

In den letzten Jahren, von 2020 bis 2023, wurden 185 Millionen Euro Feuerwehrförderung an die Kommunen ausbezahlt. Zusammen mit den beabsichtigten weiteren Verbesserungen in den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien gibt es im Rahmen der Feuerchutzsteuer sehr gute finanzielle Spielräume. Die Landtagsfraktion der

FREIEN WÄHLER steht für die Kommunen ein und wird sich mit Maß und Ziel dafür einsetzen, die örtlichen Versorgungsstrukturen zu stärken und auszubauen. Sollte sich bei unseren Feuerwehren in der Praxis dennoch eine Finanzierungslücke abzeichnen, so werden wir von den FREIEN WÄHLERN die Ersten sein, die entsprechende Forderungen formulieren und sich entsprechend einsetzen werden.

Leider müssen wir alle – Bund, Länder und Kommunen – aktuell den Gürtel enger schnallen. Alles andere wäre unseriös und ginge allein zulasten der kommenden Generationen. In Zeiten konjunkturell bedingt sinkenden Steueraufkommens und knapp bemessener Haushalte sind willkürliche Förderprogramme und Steuergeschenke nach dem Gießkannenprinzip absolut fehl am Platz. Folgerichtig werden wir den Antrag der GRÜNEN nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Kollegin Christiane Feichtmeier. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sanierung und der Ausbau kommunaler Feuerwehrrhäuser sind ein Dauerthema. Bevor mein Kollege Stefan Schuster aus dem Bayerischen Landtag ausschied, hatte er im Juli 2023 drei Anträge zugunsten der Feuerwehr gestellt, auf die ich gern Bezug nehmen möchte, da das Thema nach wie vor aktuell ist.

Ein Antrag enthielt die Forderung, zur Finanzierung von Feuerwehrrhäusern zinslose bzw. zinsvergünstigte Darlehen zur Verfügung zu stellen.

In einem zweiten Antrag wurde gefordert, die Förderfestbeträge in den Zuwendungsrichtlinien zu erhöhen. Stefan Schuster sagte damals, dieser Antrag sei zwar zum Teil überholt, weil das Innenministerium Ende Juni zum 1. Juli 2023 die Förderfestbeträge erhöht habe. Allerdings seien die Förderfestbeiträge nur für den Neubau von Feuer-

wehrhäusern verdoppelt worden, während für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten eine Erhöhung um lediglich 30 % erfolgt sei.

Der dritte Antrag erstreckte sich auf die Förderfähigkeit von Sanierungen und die besondere Berücksichtigung von Zusammenschlüssen von örtlichen Feuerwehren.

In Gesprächen mit Bürgermeistern und Mitgliedern von Feuerwehren habe ich immer wieder gehört, dass der Neubau von Feuerwehrgerätehäusern gefördert werde, während Sanierungen völlig unberücksichtigt blieben. Daher werde teilweise überlegt, statt ein Feuerwehrgerätehaus zu sanieren einen Neubau zu errichten, um überhaupt eine Förderung zu erhalten. Das ist gerade in der heutigen Zeit aufgrund steigender Baukosten und Grundstückspreise nicht mehr zeitgemäß.

Im Jahr 2015 steckte der Landesfeuerwehrverband Bayern viel Geld in seine Kampagne "Frauen zur Feuerwehr!" Ziel war es, die Zahl der Frauen im Feuerwehrdienst zu erhöhen. Leider liegt der Frauenanteil immer noch bei nur 11 %. Mich wundert es nicht: Auch wir Frauen hätten nämlich gern eigene Sanitäreinrichtungen und Umkleiden.

Deshalb ist der Antrag der GRÜNEN-Fraktion nur zu begrüßen. Wir stimmen diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nach aktuellem Stand letzter Redner des heutigen Abends ist für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Sandro Kirchner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über die Feuerwehr. Eine Zahl – sie wurde schon genannt – ist besonders beeindruckend: Wir haben in den Freiwilligen Feuerwehren in Bayern 320.000 Kameradinnen und Kameraden. Es ist sehr wichtig, dass wir uns vor Augen führen, wie beeindruckend diese Zahl ist.

Wichtig ist auch die Feststellung, die damit verbunden ist: Diese Menschen tragen Sorge dafür, dass wir in Bayern sicher leben können. An dieser Stelle geht unser großes Dankeschön – ich denke, da spreche ich für Sie alle mit – an die Kameradinnen und Kameraden, dass sie sich zur Verfügung stellen und dabei sind. – Sie dürfen auch klatschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich denke auch, wir sind fraktionsübergreifend einer Meinung, dass die Rahmenbedingungen für diesen Dienst stimmen müssen. Auf der einen Seite geht es um klare rechtliche Rahmenbedingungen, auf der anderen Seite aber vor allem um die Sachausstattung, über die wir heute hier diskutieren und weiterhin sprechen werden.

Ich denke schon, dass ich an dieser Stelle feststellen darf – auch Holger Dremel hat es bereits gesagt –: Der Freistaat Bayern unterstützt die bayerischen Kommunen ausreichend, ja sogar sehr ordentlich. Das zeigt auch ein Vergleich mit anderen Bundesländern. Vor Kurzem haben wir den kommunalen Finanzausgleich verabschiedet, einen Rekordausgleich mit einem Volumen von 12 Milliarden Euro. Das sind Gelder, die zum überwiegenden Teil nicht zweckgebunden sind und deshalb auch für die eine oder andere Pflichtaufgabe, die eine Kommune hat, eingesetzt werden können.

Man sieht ganz klar: Es ist schon so – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Sie hat niemand gefragt. – Es ist so, dass das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden in das Feuerwehrwesen investiert bzw. dorthin weitergegeben werden soll. Das macht der Freistaat Bayern. Er gibt einen Anteil an die Kommunen weiter, um sie zu unterstützen, damit sie ihren Pflichtaufgaben bei dem abwehrenden Brandschutz und der technischen Hilfeleistung nachkommen können.

Ein bisschen schmunzeln muss ich schon, dass Sie diesen Antrag für die heutige Sitzung gestellt haben, Herr Siekmann. Fakt ist, dass wir im Monat November sind. Die

aktuellen Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien laufen zum 31. Dezember 2024 aus. Wenn Sie jetzt mit diesen Ideen kommen, könnten wir sagen: Sie kommen ein bisschen spät, weil insoweit der Drops schon gelutscht ist. Die Vorbereitungen für die neue Richtlinie haben längst begonnen; entsprechende Vorschläge sind im Rahmen des laufenden Austausches eingebracht worden.

Wir sind vorhin so nett aufgefordert worden, intensiv mit den Verbänden und einzelnen Feuerwehren zu sprechen bzw. die Beteiligten einzubinden. Genau das passiert doch, wenn eine neue Zuwendungsrichtlinie erstellt wird. Man bindet die kommunalen Spitzenverbände sowie den Landesfeuerwehrverband und alle sonstigen Interessenträger der Feuerwehren eng ein und versucht, gemeinsam sinnvolle, aber vor allem machbare Lösungen zu finden.

Insofern muss ich schon schmunzeln, Herr Siekmann; denn Sie sind ja auch im Feuerwehrbereich unterwegs. Sie haben die Kernthemen, die zur Diskussion standen, aufgegriffen – besser: abgegriffen – und sie im Rahmen Ihres heutigen Antrags noch einmal eingebracht. Sie versuchen, bestimmte Erkenntnisse als völlig neu zu verkaufen. Das ist nicht der Fall, Herr Siekmann.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Siekmann (GRÜNE))

Ich will die Punkte nicht wiederholen; einige Kolleginnen und Kollegen haben schon angesprochen, worum es geht. Laut Antrag sollen für die Generalsanierung von Feuerwehrhäusern dieselben Festbeträge wie für den Neubau gelten. Frau Feichtmeier ist darauf eingegangen, dass bei einer Sanierung auch die Einrichtung von eigenen Sanitärräumen für Frauen gefördert werden soll.

Die Erhöhung der Festbeträge lehnen wir aber ab, weil wir nicht erst heute reagieren, sondern schon in der Vergangenheit reagiert haben. Bereits zum 1. Juli 2023 haben wir auf die Preissteigerungen und die sonstigen finanziellen Herausforderungen der Kommunen reagiert und genau diesen Bereich entsprechend angepasst, das heißt, Förderansätze erhöht.

Wir sind nach Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern aus dem Bereich der Feuerwehr zu der Erkenntnis gekommen, dass es sinnvoll ist, die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, auch in andere Bereiche zu investieren. Wir versuchen, die Spielräume, die wir haben, zu nutzen und damit zur weiteren Verbesserung der sachlichen Ausstattung der Feuerwehren sowie zur Erhöhung der Sicherheit der Kameradinnen und Kameraden beizutragen.

Bevor ich auf einen großen Wunsch eingehe, der an uns herangetragen worden ist, möchte ich daran erinnern, dass wir drei tolle Feuerweherschulen haben. Das ist deutschlandweit einzigartig. An dieser Stelle möchte ich eine Anekdote bringen, die ich bei Veranstaltungen zum Thema Feuerwehr immer gern erzähle. Ich hatte das große Vergnügen, bei der Innenministerkonferenz vor zwei Jahren in Würzburg – Bayern hatte den Vorsitz – beim gesellschaftlichen Abend mit am Tisch sitzen zu dürfen. Der damals zuständige Staatssekretär aus Baden-Württemberg, nicht der aus Schleswig-Holstein oder aus dem Saarland, Kollege Klenk, kam an den Tisch der Staatssekretäre. Kollege Grünewald aus Brandenburg saß ebenfalls am Tisch. Ich hoffe, Kollege Klenk verzeiht es mir, wenn ich ihn aus dieser Runde zitiere; er hat ja recht gehabt. Kollege Klenk kam an den Tisch und sagte: Hey, die spinnen, die Bayern! Das musst du gesehen haben! So etwas hast du noch nicht gesehen! Die spinnen! – Darauf fragte der Kollege aus Brandenburg: Was ist denn? Weshalb spinnen die denn? – Kollege Klenk antwortete: Ich komme gerade von der Feuerweherschule Würzburg. Eine solche Feuerweherschule hast du noch nicht gesehen.

Dann sagte er noch in einem Nebensatz: Die spinnen, die Bayern! Die haben eine solche Feuerweherschule nicht ein Mal, sondern drei Mal!

Das ist ein Indiz dafür – wenn man von außen auf Bayern schaut, sieht man es umso besser –, wie viel wir im Freistaat Bayern in die Ausstattung der Feuerwehren investieren. Genau diesen Weg wollen wir weitergehen, auch in der Fläche.

Die Absprache mit den Feuerwehren gilt: Wir versuchen, neue Ausbildungsmöglichkeiten an den Standorten bzw. in den Landkreisen zu schaffen – dazu gehört der Neubau von Übungshäusern –, um die Skills vor Ort entsprechend abbilden und ortsnahe Übungsmöglichkeiten generieren zu können.

Ich darf zusammenfassen. Werte Kolleginnen und Kollegen, die neue Zuwendungsrichtlinie ist auf den Weg gebracht und schon geschmiedet worden. Damit wird gesichert, dass die vorhandenen finanziellen Spielräume sinnvoll genutzt werden. Ich denke schon, dass ein gutes Bündel geschnürt worden ist. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man das Ganze mit etwas Abstand betrachtet. Die Kommunen werden weiterhin unterstützt; die entsprechenden Möglichkeiten werden ausgeschöpft. Wir haben gute Möglichkeiten für die weitere Unterstützung unserer Feuerwehren auf den Weg gebracht.

Abschließend möchte ich sagen: Nicht allein das Innenministerium möchte den Erfolg für sich in Anspruch nehmen. Ich möchte ein großes Dankeschön auch an die kommunalen Spitzenverbände und die Interessenvertretungen der Feuerwehren richten, insbesondere dafür, dass sie diesen Prozess intensiv und offen, aber vor allem konstruktiv begleitet haben. Es besteht Konsens, wie wir unsere Feuerwehren weiterentwickeln sollten. Die Belange der Kommunen wollen wir nicht unberücksichtigt lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Gegenstimmen! –

Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihnen einen schönen Abend zu wünschen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Danke schön!

(Schluss: 19:20 Uhr)